

Frauen- und Kinderarmut

Grüne Gretchenfrage

> Angelika Birk

Nein, es ist nicht die Frage nach der Religion, wie sie in einer sehr deutschen Gymnasiallektüre Gretchen dem Geliebten stellt. Auch wenn derzeit Religion gern zum zentralen Zankapfel erklärt wird. Es ist die Frage, wie es heute einer einkommensschwachen, ledigen, schwangeren Frau geht, ob sie nun wie bei Goethe Gretchen heißt oder Aischa, und mit welchen Bündnispartnern Grüne ihre Lage vor Ort verbessern.

Dazu ein paar Schlaglichter: Frauen gingen in den letzten Wochen in Europa auf die Straße, um in Polen eine weitere Verschärfung des Abtreibungsverbot zu verhindern. Hierzulande dürfen hoch verschuldete Kommunen Transfergeldbeziehern kein Geld für Verhütung zahlen. Denn diese soll in den monatlich 364 Euro Regelsatz Erwachsener einer Bedarfsgemeinschaft oder den 404 Euro für Alleinstehende drin sein.

Vom kommunalen Unterhaltsvorschuss für ihre Kinder sehen alleinerziehende Jobcenterkundinnen genauso viel, wie alle anderen sogenannten Bedarfsgemeinschaften vom Kindergeld, nämlich nichts. Stattdessen gibt es den Bildungsgutschein, und einen monatlichen Regelsatz je nach Kindesalter zwischen 237 und 306 Euro.

Hebammen und ortsnahe Geburtskliniken geben auf, weil sich keine öffentliche Refinanzierung ihrer hohen Risikoversicherungen zu den Folgen misslingender Geburten findet. Gegen das neue Teilhabegesetz mobilisieren wiederum Behinderte und die Grünen im Bundestag, weil es weniger statt mehr Selbstbestimmung bringt.

Wie Frauen- und Kinderarmut sowie daraus resultierende Altersarmut überwinden, inklusive Bildung, Teilhabe und Autonomie fördern? Auf diese Fragen antwortet die Grüne Homepage mit einem ersten Programmpaket zur nächsten Bundestagswahl, von Kindergrundsicherung bis Vermögensteuer.

Noch nie seit ihrer Gründung haben in so vielen Bundesländern Grüne mitregiert, derzeit in zehn, davon in einem der mächtigsten und reichsten als Königsmacher. Gleichzeitig ist seit dem sogenannten deutschen Herbst 1977 Europa erstmals wieder von einem autoritären Paradigmenwechsel erfasst.

Wie handeln Grüne mit Bundes- und Ländermandaten in einer solchen Situation? Was wurde in dem über einjährigen Prozess zu einem neuen bundesweiten Finanzausgleich, zur kommunalen Daseinsvorsorge für Frauen und Kinder, in der Flüchtlingsfrage oder auch zum neuen Bundesteilhabegesetz aus dem Grünen Gerechtigkeitspaket jeweils unübersehbar auf den Tisch von Bund-Länderverhandlungen gelegt? Um freundlich zu antworten: Es hätte mehr sein dürfen. Was tragen wir aus den Kommunen dazu bei, damit es zukünftig mehr wird? Es steht viel auf dem Spiel.

> Angelika Birk (Grüne) ist Bürgermeisterin der Stadt Trier und Dezernentin für Bildung, Soziales, Wohnen, Jugend und Arbeit. Von 1996 bis 2000 war sie Frauenministerin in Schleswig-Holstein.



Foto: Stadt Trier